



Bericht des Stadtrates an den Gemeinderat

109341 / 111.00

Auftrag **FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende**

zur

Bereinigung und Optimierung der Gesetze und Verordnungen, inklusive Prüfung der Sunset Legislation

Antrag

Der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

Begründung

1. Ausgangslage

Es ist unbestritten, dass Regulierungen auf allen staatlichen Ebenen stetig zunehmen. Ursache dieser Entwicklung ist der Umstand, dass der Gesetzgeber auf neue Problemstellungen reagieren muss und ihm laufend neue Aufgaben übertragen werden. Es liegt auf der Hand, dass dabei eine systematische Überprüfung der bestehenden Regelungen tendenziell zu kurz kommt. Aus diesem Grund regen die Unterzeichnenden eine systematische Überprüfung der städtischen Gesetzessammlung an. Weiter soll der Stadtrat beauftragt werden, für bestimmte Erlasse Befristungen zu prüfen. Damit verbunden werden soll eine Überprüfung der städtischen Aufgaben.





2. **Projekt "Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung" (VFRR) im Kanton Graubünden"**

Mit dem Projekt VFRR nahm sich der Kanton vor, seine Gesetzgebung gezielt in Ordnung zu bringen. Beabsichtigt war, nicht mehr notwendige Regelungen aufzuheben, schlecht geratene oder schlecht gewordene Regelungen zu verbessern und die Regelungsbefugnisse so zu verteilen, dass die geeigneten Organe rechtzeitig die notwendigen Entscheidungen treffen können. Es ging also in erster Linie darum, die kantonale Rechtsordnung als Instrument der Aufgabenerfüllung zu optimieren. Sämtliche Erlasse sollten systematisch überprüft werden, um unnötige Vorschriften aufzuheben und allzu detaillierte oder zu wenig flexible Normen zu ändern. Damit verbunden war eine Überprüfung der Staatsaufgaben an sich: Soll der Kanton sie überhaupt erfüllen? Ist die gesetzlich vorgesehene Art der Erfüllung noch richtig? Das Projekt VFRR zielte zudem nicht primär auf eine Reform der Aufgaben und eine Reduktion der Kosten ab, sondern auf die Verbesserung der Rechtsordnung als Grundlage und Instrument der Verwaltungstätigkeit.

3. **Sunset Legislation - Befristung von Gesetzen**

Der Begriff "Sunset Legislation" stammt aus den USA. Dabei geht es um ein Verfahren, welches sicherstellt, dass sämtliche verabschiedeten Erlasse in regelmässigen Abständen auf ihre Notwendigkeit, ihren zweckmässigen Umfang und ihre Zielwirksamkeit überprüft werden. "Sunset" steht dabei für einen gesetzlich fixierten Termin, an dem die Überprüfung erfolgen soll. Jeder Erlass erhält ein Verfallsdatum. Dadurch soll der Kreislauf der teuren, eigendynamischen Überregulierung durchbrochen werden.

Der Stadtrat teilt die im Auftrag geäusserte Ansicht, dass eine generelle Befristung von Erlassen nicht sinnvoll ist. "Sunset"-Klauseln eignen sich z.B. bei einer Regelung von temporär auftretenden Problemen, bei Beitragsgewährungen oder z.B. bei Erlassen, bei denen die Wirksamkeit unsicher ist. Sie können fallweise, auch gestützt auf entsprechende Anträge aus dem Gemeinderat, in Gesetze eingefügt werden. Solche Klauseln sind nach Ansicht des Stadtrates aber kaum geeignet, die Regulierungsflut einzudämmen. Ganz abgesehen davon erweist sich die städtische Gesetzessammlung im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden als äusserst schlank und von einer Überregulierung kann generell nicht die Rede sein.



Auf der anderen Seite läuft jede Tätigkeit auf das Risiko hinaus, nicht mehr zeitgemäss, aber gesetzlich vorgeschrieben ausgeführt werden zu müssen. Hinter einem gesetzlichen Auftrag muss aber ein politischer Prozess stehen. Es ist dem Stadtrat daher nicht möglich, dies in eigener Kompetenz wahrzunehmen. Somit bleibt die Frage offen, wie geeignet gesteuert werden kann.

4. Beurteilung

Seit dem Jahr 2010 befassen sich Stadtrat und Verwaltung mit Aufgaben- und Leistungsüberprüfungen (ALÜ 1.0 und ALÜ 2.0). Im Zuge dieser aufwändigen und gründlichen Arbeiten wurden sämtliche städtischen Aufgaben und Leistungen und die dazugehörenden Rechtsgrundlagen durchleuchtet. Am 24. Oktober 2013 stellte der Gemeinderat erste Weichen zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 - er beauftragte den Stadtrat in mehreren Fällen, Gesetzesanpassungen vorzunehmen. Am 30. November 2014 fand eine Volksabstimmung statt, an der unter anderem die Aufhebung des Gesetzes für städtische Zusatzleistungen zu kantonalen Ergänzungsleistungen abgelehnt wurde. In gewisser Weise wurde damit das Anliegen der Unterzeichnenden bereits in einem parlamentarischen Prozess vollzogen. Zusätzlich tagt zurzeit sogar eine parlamentarische Kommission zu ALÜ 2.1.

Eine systematische Überprüfung des städtischen Rechtsbuchs erachtet der Stadtrat aus den dargelegten Gründen als möglich, aber politisch und zeitlich anspruchsvoll. Auch wenn die städtische Rechtssammlung überschaubar ist, würde eine systematische materielle Überprüfung erhebliche Ressourcen beanspruchen. Der Stadtrat nimmt dies gerne an die Hand, wenn das Parlament die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Es wäre vorstellbar, dass dann ein Departementssekretär mit juristischen Kenntnissen für ein bis zwei Jahre tätig würde.

Sollte der Gemeinderat die erforderlichen Mittel nicht bewilligen, so würden die Anpassungen von städtischen Erlassen wie bis anhin erfolgen, sobald sich ein konkreter Handlungsbedarf manifestiert.



Aus den erwähnten Gründen beantragt Ihnen der Stadtrat, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, den Auftrag im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

Chur, 9. August 2016

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber


Urs Marti


Markus Frauenfelder



10.3.16

Fraktions-Auftrag zur ~~Bereinigung und Optimierung~~ **Bereinigung und Optimierung der Gesetze und Verordnungen, inklusive Prüfung der *Sunset Legislation***

Die Regulierungsdichte und der damit verbundene Aufwand für Private und Behörden nimmt seit Jahren zu. Nicht selten kommt es vor, dass Erlasse, die nicht mehr benötigt werden, in Kraft bleiben, dass eine geringere Regulierungsdichte infolge veränderter Verhältnisse genügen würde, oder dass staatlichen Aufgaben anders optimaler erfüllt werden könnten.

Diese Erfahrung wurde sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonebene gemacht:

- Der Bund strich im Jahr 2008 im Rahmen einer „formellen Bereinigung des Bundesrechtes“ 31 Erlasse ganz und weitere 55 Erlasse teilweise.
- Der Kanton Graubünden hob in den Jahren 1998-2010 im Rahmen einer „Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung“ 4 Gesetze, 68 Regierungsverordnungen und 15 Grossratsverordnungen auf, und er revidierte 13 Gesetze, 92 Regierungsverordnungen und 10 Grossratsverordnungen ganz oder teilweise.

Im Laufe der Zeit werden die Vorschriften durch weitere Erlasse ergänzt oder auch durch neue ersetzt. Sie verbleiben aber weiterhin in der Gesetzessammlung und behalten ihre Wirkung, was personelle Kräfte und finanzielle Mittel bindet. Der Bürger versteht die Gesetze / Verordnungen immer weniger, fühlt sich vom Staat entfremdet.

Ziel des vorliegenden Auftrages ist die Bereinigung und Optimierung der Gesetze und Verordnung von Gemeinde- und Stadtrat, damit die städtischen Aufgaben optimal erfüllt werden können. Das beinhaltet auch eine formelle und materielle Prüfung der Gesetze und Verordnungen: Nicht mehr notwendige Gesetze und Verordnungen des Gemeinde- und des Stadtrates sind aufzuheben, schlecht geratene oder schlecht gewordene (z.B. zu detaillierte, zu wenig flexible) Regelungen zu verbessern und Regelungsbefugnisse so zu verteilen, dass die geeigneten Organe rechtzeitig die notwendigen Entscheidungen treffen können. Damit verbunden ist die Überprüfung der Staatsaufgaben selbst in dem Sinne, ob die Stadt sie überhaupt noch erfüllen soll, und falls ja, ob die gesetzlich vorgesehene Art der Erfüllung noch richtig ist.

Zu prüfen ist auch die Einführung einer *Sunset Legislation* für bestimmte (bestehende oder künftige) Gesetze und Verordnungen. Nach diesem Verfahren werden diese Erlasse periodisch auf ihre Notwendigkeit, ihren zweckmässigen Umfang und ihre Zielwirksamkeit geprüft. „Sunset“ steht dabei für einen gesetzlich fixierten Termin, an dem die Überprüfung erfolgen soll. Diese Erlasse erhalten damit ein Verfallsdatum. Der Kreislauf der teuren, eigendynamischen Überregulierung wird durchbrochen, Staat und Verwaltung werden schlanker, zum Vorteil aller.

Die Unterzeichnenden fordern daher den Stadtrat dazu auf, aufzuzeigen, wie das geschilderte Problem angegangen werden kann, beispielsweise auch mit periodischen Massnahmen.

Chur, den 10.03.2016



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Bereinigung und Optimierung der Gesetze und Verordnungen,
inklusive Prüfung der "Sunset Legislation"

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

| | Name | Partei | eingesehen (Visum) | Unterschrift |
|-------------------------------------|---|----------------------|-----------------------|--------------|
| <input type="checkbox"/> | Cahannes Romano | CVP | | |
| <input type="checkbox"/> | Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS | SVP | HC | |
| <input type="checkbox"/> | Decurtins Guido | SP | F | |
| <input type="checkbox"/> | Gartmann-Albin Tina | SP | | |
| <input type="checkbox"/> | Grass Stefan, Ing. HTL | SP | SG | |
| <input type="checkbox"/> | Hohl Oliver | BDP | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Infanger Dominik, Dr. iur. | FDP | | |
| <input type="checkbox"/> | Kappeler Jürg, Dr. sc. techn. | GLP | JK | |
| <input type="checkbox"/> | Maissen Carla, Dr. med. | CVP | | |
| <input type="checkbox"/> | Mazzetta Anita | Freie Liste Verda | | |
| <input type="checkbox"/> | Meier Adrian J. | Freie Liste Verda | | |
| <input type="checkbox"/> | Menge Jean-Pierre, Dr. iur. | SP | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mengiardi Andri, Dr. iur. | FDP | | |
| <input type="checkbox"/> | Meuli Hans Martin, Dr. | FDP | | |
| <input type="checkbox"/> | Nay Beath | SVP | | |
| <input type="checkbox"/> | Rettich Urs | SVP | UR | |
| <input type="checkbox"/> | Sala Giancarlo, Dr. phil. <i>Kühnis</i> | CVP | | |
| <input type="checkbox"/> | Senn Meili Claudio | SP | SM | |
| <input type="checkbox"/> | Trepp Michael | Freie Liste Verda | | |
| <input type="checkbox"/> | von Rechenberg Susanne | BDP | | |
| <input type="checkbox"/> | Widmer-Spreiter Martha | BDP | | |

Datum: Chur, den 10.03.2016